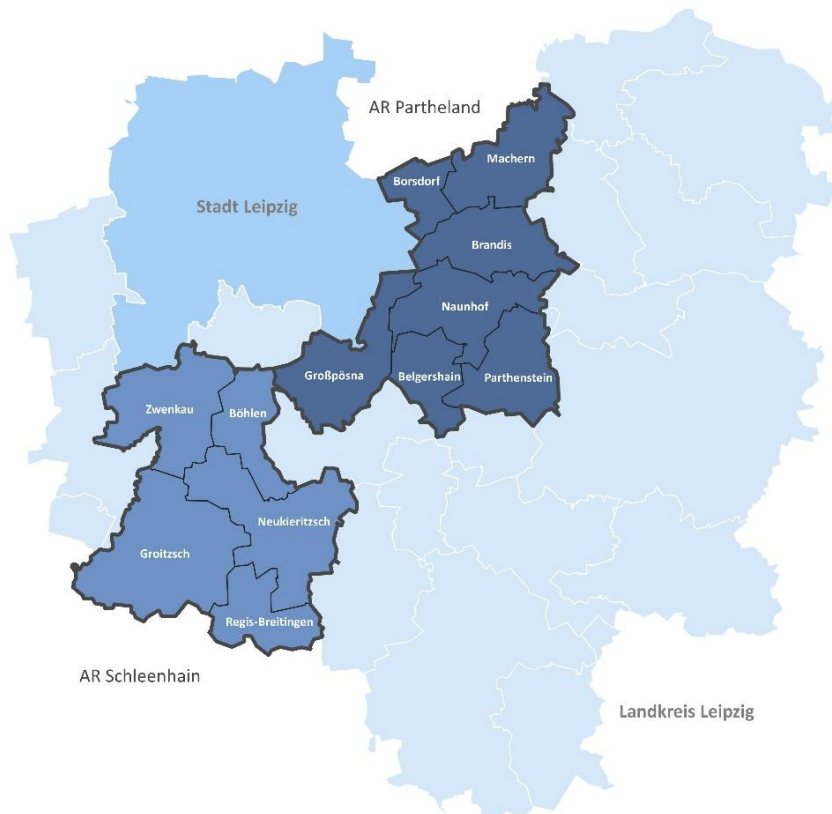




## Endbericht GeRI – Gestaltung resilienter Infrastrukturen 07/2025

### Anlage 13 - Teilbericht des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL) zum Thema Verwaltung



**Autorin:** Dr. Annedore Bergfeld  
Tom Leukefeld

07/2025

#### Förderhinweis:

Das Vorhaben „Gestaltung resilienter Infrastrukturen“ wird innerhalb des Programms *Region gestalten* des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung gefördert.

Gefördert durch:



Bundesministerium  
für Wohnen, Stadtentwicklung  
und Bauwesen

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



Bundesinstitut  
für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung  
im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung



**Region gestalten**



## Inhalt

|                                                     |    |
|-----------------------------------------------------|----|
| 1. Präambel.....                                    | 3  |
| 2. Resiliente kommunale Verwaltungsstrukturen ..... | 3  |
| 2.1 Grad der Kooperation .....                      | 3  |
| 2.2 Fachkräfteentwicklung.....                      | 8  |
| 2.3 Weitere Handlungsempfehlungen.....              | 9  |
| Literaturverzeichnis.....                           | 15 |



## 1. Präambel

Eine Erhöhung der Resilienz der Städte und Gemeinden im Bereich Wohnen muss darauf abzielen bekannte Risiken zu reduzieren, neuen Risiken vorzubeugen, Krisen künftig noch effektiver zu bewältigen und die Stadt- und Gemeindeentwicklung zu gestalten. Dafür ist es unabdingbar, dass die Aufgabe erkannt wird und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit von Akteuren aus Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung, Privatwirtschaft, Wissenschaft, Religionsgemeinschaften und den Medien kooperativ zusammenwirken (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat 2021, S. 1).

## 2. Resiliente kommunale Verwaltungsstrukturen

Die Befragung der regionalen Akteure der beiden Aktionsräume verdeutlichte differenzierte Problemlagen:

### 2.1 Grad der Kooperation

#### Aktionsraum Partheland

Der **Aktionsraum Partheland** arbeitet seit 2018 aktiv an der Ausgestaltung der kommunalen Zusammenarbeit. Dabei wird diese als ein erster Schritt zur resilienten Gestaltung der Verwaltungsarbeit gesehen. Zwischenzeitlich haben sich in der Zusammenarbeit feste Arbeitsstrukturen etabliert wie der wöchentliche Jour fixe der Bürgermeister:innen. Auf dem Weg zur Ausweitung der Verwaltungszusammenarbeit sind verschiedenen Entwicklungspfade erkennbar:

Schrittweise Vertiefung der Verwaltungszusammenarbeit durch z.B. **gemeinsame Lösung von Verwaltungsaufgaben** auch um eine zukünftige Leistungsfähigkeit zu sichern. Hier ist geplant die Zusammenarbeit schrittweise im Kontext zu den Personalentwicklungsplänen auszubauen. Aktuell bestehen verschiedene kooperative Verflechtungen bzw. Ansätze zum Ausbau der Verwaltungszusammenarbeit (Quelle: Verwaltungsanalyse durch beratungsraum GmbH 2019, LE Regio 2021, Bürgermeisterbefragung):

#### *Zentralisiertes Gewerbeamt in Naunhof*

Zentralisierung des Gewerbeamtes in Naunhof mit dem Ziel der Erhöhung des Kostendeckungsgrades von aktuell 18 % - Voraussetzung ist die zentrale Nutzung der RathausCloud in Naunhof für die Antragstellung durch Gewerbetreibende und die Kommunen. Die Kommunen können damit ihre Kosten minimieren und ihren Stellenanteil auf 20 % reduzieren.

Im Rahmen des Projektes „Gewerbeamt Partheland“ soll die Stadt Naunhof die Aufgabe des Gewerbeamtes für die Gemeinden Großpösna, Machern, Borsdorf und der Stadt Brandis übernehmen. Die Übernahme der Gewerbedaten aus den Nachbarkommunen soll in mehreren zeitlichen Abschnitten realisiert werden. Aktuell ist das Gewerbeamt der Stadt Naunhof bereits für Gewerbeanmeldungen, Gewerbeabmeldungen, Gewerbeummeldungen und Reisegewerbekarten auch für die Bürger:innen der Gemeinde Großpösna zuständig.

#### *Gemeinsame Dienststelle der Meldebehörden*

Zur effizienteren Gestaltung der Arbeit haben alle Kommunen eine entsprechende Zweckvereinbarung unterschrieben. Mit der Kooperation sind die Vertretungsregelungen sowie die gemeinsame Arbeit im Melderegister (VOIS) sowie bei der Kassenabrechnung gegeben, so dass insgesamt eine tragfähige Lösung für alle Kommunen gegeben ist.

#### *Brandschutz*

Aufgaben im vorbeugenden Brandschutz (insbesondere Durchführung von Brandverhütungsschauen und Stellungnahmen der örtlichen Brandschutzbehörde in Verfahren) haben die Stadt Naunhof sowie die Gemeinden Belgershain und Parthenstein auf die Stadt Brandis (1 Mitarbeiter) auf Grundlage einer Zweckvereinbarung übertragen. Großpösna und Borsdorf nutzen dafür auf Grundlage einer Vereinbarung die Amtshilfe der Landkreisverwaltung.



#### Empfehlung:

Eine Ausweitung der Dienstleisterrolle von Brandis empfiehlt sich auf Basis der Kooperationserfahrung. Ausgehend von aktuell bilateralen Löschhilfevereinbarungen wird eine regionale Löschhilfevereinbarung angestrebt.

#### *Partheland Bibliotheken*

Im Zuge der Kooperation entstand auch das Projekt **Partheland-Bibliotheken**. Die Stärken der einzelnen Bibliotheken der Orte Borsdorf, Brandis, Großpösna, Machern und Naunhof gelten als Wegweiser für die Konzeption und Umsetzung verschiedener Projekte des Bibliotheken-Verbundes. Dazu zählen die Etablierung gemeinsamer Veranstaltungsreihen, die Einführung einer Bibliothek der Dinge, die Eröffnung eines Lesecafés und nicht zuletzt die Nutzung eines gemeinsamen Bibliotheksausweises.

*Nutzung der Erfahrungen der einzelnen Partner* in Themenfeldern zur weiteren Qualifizierung der Verwaltungsarbeit, z. B.

- Brandis als smart-city-Kommune z.B. mit der Bereitstellung der PartheCloud für Bürger, Vereine als Informationsportal
- Großpösna als Akteur bei der Ausweitung von Bürgerbeteiligung - Beteiligungsbeauftragter, Bürgerbus, breite Bürgerinformationsformate z.B. auch zum privaten vorbeugenden Hochwasserschutz
- Naunhof als Beispielgeber für Krisenbewältigung  
Erarbeitung eines Katastrophenschutzplanes und Etablierung eines kommunalen Krisenstabes unter Einbindung regionaler Stakeholder mit entsprechenden regelmäßigen Beratungen und Qualifizierung der Beteiligten aus der Verwaltung.

#### *Grundzentrale Verbünde<sup>1</sup>*

Mit dem genehmigten Regionalplan Leipzig-West/sachsen 2020 wurde eine Neuordnung der Grundzentren vorgenommen. Aktuell sind Großpösna/Naunhof und Brandis/Borsdorf als grundzentrale Verbünde ausgewiesen und vertiefen im Kontext zum AR Partheland schrittweise ihre Zusammenarbeit.

---

<sup>1</sup> Auszug Regionalplan Leipzig-West/sachsen: Grundzentrale Verbünde als Sonderform der Grundzentren sind zwei oder mehrere Gemeinden, die aufgrund ihrer Nachbarschaftslage oder eines direkten baulichen Zusammenhangs sowie ihrer Funktionsteilung in Bezug auf die zentralörtliche Ausstattung gemeinsam die Funktion eines Grundzentrums ausüben. Sie haben ihre raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die der Erfüllung zentralörtlicher Funktionen dienen, insbesondere die Bauleitplanung, einvernehmlich aufeinander abzustimmen. Die Ausübung von zentralörtlichen Funktionen im Grundzentralen Verbund ist gemäß LEP Z 1.3.5 nur zulässig, wenn gewährleistet ist, dass die Aufgabenwahrnehmung funktionsteilig erfolgt. Der Festlegung Grundzentraler Verbünde liegt der Gedanke zugrunde, dass mit kooperativen Strukturen den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen wirksamer begegnet werden kann, da durch eine Zusammenarbeit der Konkurrenz auf engem Raum entgegengewirkt und vorhandene Potenziale wirksamer genutzt werden können. Chancen bestehen insbesondere bei der gemeinsamen Aufgabenbewältigung durch Kooperation, Spezialisierung oder Funktionsteilung entsprechend den Stärken und Schwächen der Partner sowie des effektiven Ressourceneinsatzes. Die Kommunen im Grundzentralen Verbund können gemeinsam ein stärkeres Gewicht im Raum entfalten und langfristig den eigenen Entwicklungsspielraum erweitern. Wenn infolge von Unterauslastung durch Bedarfsrückgang und Verringerung der kommunalen Finanzmittel ein Rückbau zentralörtlicher Einrichtungen unausweichlich ist, können durch abgestimmtes Vorgehen die damit verbundenen Versorgungseinschnitte weniger einschneidend gestaltet werden. Die gemeinsame Wahrnehmung zentralörtlicher Funktionen durch mehrere Gemeinden setzt eine Abstimmung und interkommunale Zusammenarbeit voraus, die in einer entsprechenden vertraglichen Regelung zu fassen ist. Die Einhaltung der gemeinschaftlich zu erfüllenden Merkmale für die Festlegung als Zentraler Ort in Funktionsteilung ist zu evaluieren.



## Aktionsraum Schleenhain

Der Aktionsraum Schleenhain stellt sich dagegen aktuell eher als Zweckgemeinschaft dar, der durch die Gründung der **KommStEG** ein Arbeitsinstrument hat, dass vor allem zur gemeinsamen Entwicklung von Vorhaben im Kontext zum Strukturwandel genutzt wird. Hier wurden in den letzten zwei Jahren verschieden Vorhaben auf den Weg gebracht oder sind in Vorbereitung:

- gemeinsame Wärmeplanung für die Kommunen Böhlen, Groitzsch, Neukieritzsch, Regis-Breitungen und Zwenkau
- Ausschreibung eines integrierten Mobilitätskonzeptes
- Begleitung der über das InvKG beantragten Förderprojekte wie der Radweg zwischen Böhlen und Zwenkau (durch den Tagebau unterbrochene Verbindung zwischen den Orten wird wieder hergestellt, zudem kürzeste Anbindung an den S-Bahn-Haltepunkt in Böhlen, das Grüne Gewerbegebiet in Zwenkau)

Die Struktur der KommStEG wurde durch Neuaufnahmen in 2023 (Mitgliedskommunen: Markranstädt, Rötha) wesentlich erweitert. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Aufnahme der Kerngemeinden des Bergbaus: Pegau, Elstertrebnitz – hier ist zukünftig eine Einbindung geplant.

Die KommStEG etabliert sich zunehmend im Rahmen der Projektanbahnung und Projektarbeit als Unterstützer der Kommunen bei der Akquise von Fördermitteln und Projektumsetzungen.

### Grundzentrale Verbünde

Im Betrachtungsraum sind gemäß Regionalplan der grundzentraler Verbund Böhlen/Zwenkau und Groitzsch/Pegau ausgewiesen:

#### *Grundzentraler Verbund Böhlen/Zwenkau*

Bestehende Kooperationspotenziale

- Gemeinsame Weiterentwicklung/Vermarktung Industriestandort Böhlen/Lippendorf
- Gemeinsame/abgestimmte Seenentwicklung Zwenkauer See (beide Kommunen sind Anrainer)
- Gemeinsame Entwicklung Naherholung/Tourismus
- Abstimmung/Zusammenarbeit im Bereich Kultur/Sport/Freizeit (Sicherung/Erhalt Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Abstimmung Veranstaltungen)

Die Städte kooperieren im „Städtebund Zwenkau-Böhlen“ auf der Grundlage einer Vereinbarung miteinander. Der Ausbau der Kooperation wird begünstigt durch eine weitestgehende Gleichwertigkeit der Partner (keiner der Partner ist deutlich stärker bzw. schwächer als der andere), muss allerdings unterstützt werden durch eine Verbesserung der Erreichbarkeit beider Kernorte untereinander sowie aus den Ortsteilen des Verflechtungsbereiches.

Die aktuelle Zusammenarbeit beschränkt sich bislang auf die Projektarbeit (z.B. Entwicklung Radweg), bezüglich der Verwaltungskooperation bestehen keine oder wenig Initiativen. Die potenziellen Kooperationsfelder sollten im Rahmen einer Entwicklungsstudie/-konzeption genauer untersucht werden.

#### *Grundzentraler Verbund Groitzsch/Pegau*

Beim grundzentralen Verbund Groitzsch/Pegau ist aufgrund der räumlichen Nähe Potenzial zur gemeinsamen Funktionswahrnehmung gegeben. Ihre Stadtkerne liegen nur ca. 2 km per Fuß-/Radweg bzw. 4 km per Straße voneinander entfernt, so dass sich eine verstärkte Kooperation gleichsam anbietet. Die funktionsteilige Ausstattung (Gymnasium, Hallenbad, Kino, Fachärzte, Ärztehaus in Groitzsch, Reithalle, Freibad, Volkshaus, SPNV-Haltepunkt in Pegau) bietet gute Voraussetzungen für eine verstärkte Kooperation. Im März 2007 wurde ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zum Städtebund Groitzsch-Pegau geschlossen. 2009-2011 wurde ein Entwicklungs- und



Handlungskonzept für den Städtebund erstellt, das eine Vielzahl von Kooperationsmaßnahmen aufzeigt. Einige Aufgaben befinden sich bereits in Realisierung (vorbeugender Brandschutz, Schiedsstelle, Jugendsozialarbeit, Gewerbeverein, Jugendbüro). Eine weitere Intensivierung der Zusammenarbeit ist anzustreben. Erste Schritte auf dem Weg zur vertieften Verwaltungszusammenarbeit wurden durch bestehende Konkurrenz vor allem bei der Entwicklung der Nahversorgung beeinträchtigt.

Die Potenziale zur Zusammenarbeit und zur Erhöhung der Resilienz im Kontext zur Ausweisung als grundzentrale Verbünde Böhlen/Zwenkau und Groitzsch/Pegau sind ausbaufähig.

Hier ist der neu ausgewiesene grundzentrale Verbund Großpösna/Naunhof (Regionalplan 2021) im Vergleich beispielgebend.

#### *Einschätzung Verwaltungskooperation*

Eine engere Verwaltungskooperation wird durch die im Rahmen des Projektes betrachteten Kommunen aktuell nicht angestrebt. Es gibt innerhalb des Betrachtungsraumes erste erfolgreiche Ansätze der Zusammenarbeit, die aber eher punktuell aufgestellt sind, jedoch Potenzial zur Verstetigung aufweisen:

- Gute Ansätze der **Verwaltungskooperation** bestehen beispielsweise bereits im Bereich Brandschutz (Ausbildungsverbund) und bei der Zusammenarbeit von Einwohnermeldeämtern (Zweckvereinbarung Rötha, Böhlen, Neukieritzsch).
- Erarbeitung informeller Planungen

Das gemeinsam **Entwicklungskonzept „Masterplan Grüne Pleiße“** unter Beteiligung von Böhlen (LEAD-Partner), Rötha und Neukieritzsch (Abschluss 2024) wurde mit drei Schwerpunktthemen: Gewässer- und Naturlandschaft (Pleiße), Kultur und Energie erarbeitet. Es liegt ein gemeinsamer Maßnahmenplan vor. Teilthemen wie die Renaturierung der Pleiße werden z.B. durch die Landestalsperrenverwaltung, die Wärmeplanung durch die KommStEG oder auch ein gemeinsames Kulturfestival mit Unterstützung von LEADER-Mitteln umgesetzt. Die Verstetigung der etablierten Arbeitsgruppen oder auch kommunaler Arbeitsstrukturen wurde allerdings bislang noch nicht erreicht.

#### *Entwicklung des devastierten Ortes Pödelwitz*

Als eine Aufgabe der KommStEG wurde die Begleitung und Moderation der Erarbeitung des Ortsentwicklungskonzeptes Pödelwitz festgelegt. Hier ist eine ausgesprochen schwierige Konstellation gegeben. Die Ausgangssituation stellt sich wie folgt dar:

- 2021 beschlossen: Pödelwitz (Ortsteil Groitzsch) wird nicht für den Kohleabbau weggebaggert
- Bewohnerschaft zum Großteil entschädigt/fortgezogen
- fast 90 % der Gebäude und Grundstücke in Besitz des Bergbauunternehmens MIBRAG



Tabelle 1: Überblick der Akteure und unterschiedlichen Interessenlagen (Quelle: eigene Darstellung)

| Landkreis Leipzig                                                                                                                            |                                                                                                                                                           |                                                                                                                                                   |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| MASTERPLAN Tagebau Schleenhain (Abschluss 2024)<br>sieht eine weitere Wohnbau- und touristische Entwicklung im Zeithorizont ab 2035/2040 vor |                                                                                                                                                           |                                                                                                                                                   |
| Pödelwitz hat Zukunft e.V.                                                                                                                   | MIBRAG                                                                                                                                                    | Gemeinde Groitzsch<br>(Teil der KommSTEG mbH)                                                                                                     |
| Sorge um Verfall                                                                                                                             | Eigentümer                                                                                                                                                | Erarbeitung<br>Ortsentwicklungskonzept                                                                                                            |
| Vision:<br>ein Dorf mit Modellcharakter für<br>einen sozial- und klimagerechten<br>Strukturwandel von unten                                  | Langfristige Planung der<br>Entwicklung in Abhängigkeit von<br>Bergbauende = Entwicklung im<br>Kontext zum Masterplan<br><br>aktuell kein Verkauf geplant | Interesse an der Sicherung und<br>Entwicklung des Ortes<br><b>aber</b> begrenzter<br>Handlungsspielraum (Moderation,<br>Begleitung des Prozesses) |



Abbildung 1: Blick auf das Dorf Pödelwitz am Tagebaurand (Quelle: picture alliance/dpa | Jan Woitas. Unter: <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/leipzig/leipzig-leipzig-land/offener-brief-erhalt-poedelwitz-100.html>, letzter Aufruf: 03.02.2025)

Der Verein Pödelwitz Zukunft e.V. hat aktuell ein Objekt mittels crowdfunding-Mitteln von der MIBRAG gekauft. Die notwendigen Planungen laufen, gestalten sich aber schwierig aufgrund der Lage im Außenbereich und der begrenzten Mittel des Vereins.

Die MIBRAG als wirtschaftendes Unternehmen ist an einer eher langfristigen Entwicklung des Ortes nach Auslaufen des Bergbaus interessiert. Gemäß der Forderung der Kommune und des Amtes für Denkmalpflege steht die Sicherung vor allem der denkmalgeschützten Objekte im Vordergrund.

Aktuell liegt noch kein Entwurf für ein konsens- und tragfähiges Entwicklungskonzept vor. Demensprechend konnte durch das Forschungsteam im Rahmen von GeRI keine begleitende Unterstützung gegeben werden, da der Schwerpunkt momentan auf der Moderation der Interessenslagen der Beteiligten liegt.



## 2.2 Fachkräfteentwicklung

### 2.2.1 Ausgangssituation

Bei der Betrachtung der Kommunen der zwei Aktionsräume zeigt sich ebenfalls ein differenziertes Bild zwischen den Gemeinden. Dabei sind einzelne Gemeinden im Kontext zur Altersstruktur aktuell bereits gut aufgestellt in dem schrittweise eine Verjüngung des Personalbestandes gelungen ist (Neubesetzung von Funktionen, Ausweitung der Ausbildung). Hierfür stehen beispielsweise Böhlen und Großpösna.

Von allen Kommunen wurde jedoch auf die zunehmende Schwierigkeit der Gewinnung von Personen für „Leitungsaufgaben/Spezialisten“ für die ländliche Kommunalverwaltung verwiesen. Dabei werden zwei Aspekte benannt: hohes Anforderungsniveau aufgrund der Breite und des Umfangs der zu bewältigenden Aufgaben und gleichzeitig starke Konkurrenz des Oberzentrums (spezialisierte Aufgaben in der Verwaltung, wesentlich höheres Lohnniveau – Bandbreite für vergleichbare Aufgabe zum Teil E9 versus E12). Anpassungen (höhere Lohnkosten) sind durch die Mehrzahl der kleinen Kommunen unabhängig von der seit 2024 zunehmend verschlechterten Haushaltslage nicht leistbar. Es zeigt sich zunehmend eine Diskrepanz zwischen zu realisierenden Aufgaben und dem finanziellen Handlungsspielraum für Fachkräftegewinnung kleiner Kommunen.

In der Landkreisverwaltung sind vergleichbare Problemlagen zum Thema Fachkräfteentwicklung zu verzeichnen.

### 2.2.2 Handlungsansätze

#### *Landkreisverwaltung*

Die Landkreisverwaltung versucht aktuell mit verschiedenen Ansätzen der Fachkräfteproblematik landkreisweit aber auch mit Fokus auf den eigenen Fachkräftebedarf gegenzusteuern:

- a) Regionale Fachkräfteallianz  
Mit diesem Förderinstrumentarium werden unterschiedliche Vorhaben zur Fachkräftesicherung realisiert. Beispielsweise gibt es einen YouTube-Format „JobVlog“ in dem Auszubildende ihren Betrieb präsentieren und ihren Beruf.
- b) Regionalbudget Landkreis Leipzig  
Instrumentarium und Förderansatz, um über verschiedene Vorhaben den Landkreis Leipzig als attraktiven Wirtschafts- und Lebensraum sichtbar zu machen
- c) Kampagne des LK L: „vom LK Leipzig gesucht“  
Vorstellung von Unternehmen, Verwaltungen als Arbeits- und Ausbildungsorte) in Kombination mit der Präsentation der Attraktivität des Landkreises als Wohn- und Lebensraum
- d) KAI-Projekt  
Mit dem Volkshochschul-Projekt werden zudem Geflüchtete beim Übergang in den Arbeitsmarkt unterstützt. Hier werden Praktika in der Region vermittelt. Dabei wird vormittags die Sprache gelernt und nachmittags gearbeitet. Nach einem Jahr Laufzeit erhielten 52 Menschen, d.h. mehr als 30% danach eine Anstellung im jeweiligen Betrieb. Dabei ist die Bandbreite groß von Bauhof, Handwerk, Gastronomie bis hin zur Pflege.

#### *Ausbau der interkommunalen Verwaltungskooperation in den Aktionsräumen*

Ein wichtiges Instrumentarium zur Fachkräftesicherung der Kommunen, um der bestehenden Konkurrenzsituation gegenzusteuern kann der Ausbau der interkommunalen Verwaltungskooperation sein. Die Analyse zeigte beispielgebenden Ansätze im AR Partheland.

Im AR Schleenhain besteht mit der Gründung der KommStEG GmbH eine institutionalisierte Basis, deren Schwerpunkt auf der Entwicklung interkommunaler Strukturwandelprojekte liegt. Diese



Kooperationen können dabei ein erster Schritt der „Vertrauensbildung“ sein, um zukünftig noch weitergehende Kooperationen zu realisieren.

## 2.3 Weitere Handlungsempfehlungen

### *Ausbau der interkommunalen Kooperationen*

Um alle notwendigen Versorgungsleistungen weiterhin zu gewährleisten, sollte die Zusammenarbeit unter Kommunen ausgebaut und intensiviert werden. Im Vordergrund stehen hier ausgehend vom vorgefundenen Entwicklungsstand die Erfahrungen anderer zu nutzen, um die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungen bei der Sicherung von freiwilligen/-Pflichtaufgaben (u.a. gemeinsames Personal, gemeinsame Finanzierung, gemeinsame konzeptionelle Ansätze) auszubauen.

#### **Beispiele**

##### *Wurzener Land*

Ausgehend von einem Stadt-Umland-Konzept arbeiten die Kommunen Wurzen, Thallwitz, Lossatal und Bennewitz bereits seit 2018 intensiv zusammen. Ausgehend von ersten gemeinsamen informellen Planungen, wurden vielfältige gemeinsame Projekte, eine verstärkte Verwaltungskooperation bis hin zur Gründung der Wurzener Landwerke vorangetrieben. Diese Kooperation im LK Leipzig ist Beispielgeber für viele interkommunale Kooperationen in Sachsen.

##### *Siedlungswasserwirtschaft*

In der Siedlungswasserwirtschaft<sup>2</sup> kann zum Beispiel ein gemeinsam getragener Dienstleistungspool mit adäquater personeller wie technischer Ausstattung eine Antwort auf wasserwirtschaftliche Herausforderungen in Kommunen sein:

- der Verleih von benötigten Werkzeugen oder Maschinen zwischen den kommunalen Unternehmen (Werkzeug- und Maschinenring),
- Urlaubsvertretungen und Vertretungen im Krankheitsfall zwischen den Kommunen bzw. Ver-/ Entsorgungsbetrieben (Personal-/Bereitschaftsdienste) oder
- weitere Leistungen wie die Spülung von Kanälen durch eine Kommune im Landkreis (Abstimmung und Ausbau des Bedarfs und der Leistungserbringung).

Insbesondere die Zusammenarbeit auf der Fachebene ist eine wesentliche Voraussetzung, um auch unabhängig von der gemeinsamen Erarbeitung von informellen Planungen eine abgestimmte Entwicklung zu befördern. Der im Südraum durch einzelne *Bauamtsleiter gepflegte Stammtisch* scheint hier ein probates Mittel. Dabei wäre dies ein wichtiger Ansatz für beide Aktionsräume, um einerseits Verständnis füreinander zu entwickeln, aber vor allem auch abgestimmte Problemlösungen schrittweise vorzubereiten bzw. informelle Planungen (Wohnbauflächen-Entwicklungskonzepte) auf den Weg zu bringen.

Vor allem im Aktionsraum Schleenhain wäre eine engere Zusammenarbeit und eine Sensibilisierung für den Mehrwert von Kooperationen erforderlich, diese werden z.T. auch durch subjektive Befindlichkeiten gehemmt.

Die mit der KommSTEG gegebene institutionelle Basis sollte zum einen um Elstertrebnitz und Pegau erweitert (Kommunen des Kernraums der Bergbauregion) und verstetigt werden. Die z.B. für einen

---

<sup>2</sup> Quelle: Projekt Wertvoll. Lebensqualität und Daseinsvorsorge durch interkommunale Kooperation Ein Leitfaden für Kommunen in ländlich geprägten Regionen, S. 48 (<file:///C:/Anne/Arbeit/2019-2025/Resilienz/Begleitforschung/Abchlussbericht/Grundlagen/IK-Ausbau.pdf> Aufruf 07.07.2025)



Teilraum mit der „Grünen Pleiße“ entwickelten Ansätze sollten nicht aufgrund aktueller Probleme der Kommunen aus dem Blickfeld geraten. In weiteren Schritten sind Kooperationsvereinbarungen abzuschließen bzw. sollten gemeinsame Vorgehensweisen dauerhaft etabliert werden.

### *Smarte Stadtentwicklung*

Die Nutzung digitaler Instrumente zur Vorbereitung, Koordination, Umsetzung und Kommunikation von Stadtentwicklungsprozessen kann die notwendigen Veränderungen erleichtern. Hier ist das Partheland mit seiner PartheCloud zur Bürgerbeteiligung und Kommunikation sowie der Nutzung der RathausCloud für Verwaltungsprozesse bereits auf einem guten Weg.

Im Kontext zur Wohnstandortentwicklung sind als wichtige potenzielle Instrumente zu nennen

- modellgestützte Bauantragsprüfung auf Grundlage digitaler Planwerke der Bauleitplanung
- digitale Bauakte
- Einbettung datenbasierter Risikoanalysen (Geri) und Bedarfsrechnungen (Ink2) in städtebauliche Planungsvorhaben
- Gemeinschaftliche Nutzung von Datenpools durch Kommunen und Landkreisverwaltung (z.B. Demografiemonitoring des Landkreises, Monitoringansatz des RPV Leipzig-West Sachsen basieren auf Stadt-Land-Navi)
- Fachübergreifende und aktuelle Vernetzung der Datenbestände unterschiedlicher kommunaler Fachbereiche (innerhalb der Kommunal- und innerhalb der Landkreisverwaltung)
- Hinsichtlich der benötigten Daten ist auch eine Kooperation mit privaten Partnern (z.B. Wohnungsbauunternehmen zu verfügbaren barrierefreien Wohnungen, Leerstand) sinnvoll, um Daten für öffentliche Belange der Stadtentwicklung verfügbar zu machen.

### *Krisenbewältigung*

Die realisierten Workshops zur Erarbeitung von Risikostrategien haben gezeigt, dass die Zusammenarbeit ämterübergreifend, zwischen Landkreis- und Kommunalverwaltungen aber auch mit fachlichen Stakeholdern wesentlich zur Krisenbewältigung (unabhängig von der konkreten Thematik) ist – die Notwendigkeit der Verstetigung, die Entwicklung von neuen Arbeitsweisen(-strukturen) soll in der Überarbeitung des KEK 2035 Berücksichtigung finden.

Die Diskussionen zur Bewältigung von Krisen in der Verwaltung haben einen großen Bedarf an neuen Formen des fachbezogenen Austausches und zur Diskussion von Problemlösungen aufgezeigt.

Wesentliche Ergebnisse sind

- die Erkenntnis der Notwendigkeit der Verstetigung neuer Arbeitsformen und der daraus abgeleiteten Aufgabe des Mitdenkens bei der Überarbeitung des Kreisentwicklungskonzeptes
- dass die Akteure aus dem Brand- und Katastrophenschutz Anregungen für ihre Arbeit insbesondere auch im Kontext zu den Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes mitgenommen haben
- dass alle Beteiligten die Diskussionen und die Methoden als Bereicherung für die eigene Arbeit gesehen haben
- es wichtig ist, dass alle das Thema Kommunikation als wichtige Aufgabe – ämterübergreifend, mit Stakeholdern der Region aber auch mit den Bürgern mitdenken
- neben Planungen zur Risikobewältigung und dem regelmäßigen Austausch zu den Themen innerhalb der Verwaltung und mit Stakeholdern ist die Kommunikation potenzieller Problemlagen, d.h. die Sensibilisierung auch der Bürger und der Zivilgesellschaft, ein wesentlicher Schwerpunkt

*Credo: Krisenbewältigung ist keine Aufgabe einer Abteilung, sondern geht alle etwas an*



### Trinkwassermangellage

Im Rahmen des gesamten Projektverlaufs sowie im Resilienzworkshop zum Fallbeispiel Trinkwassermangellage ließ sich konstatieren, dass einerseits der Resilienzbegriff nicht in entsprechender fachlicher Breite in der Verwaltung bekannt ist bzw. nicht im alltäglichen Geschäft angewandt wird – ausgenommen sind bestimmte Fachabteilungen, wie z.B. das Klimaschutzmanagement.

Andererseits ist im Landkreis neben dem wohlbekannten Fall des hier sog. *schwerwiegenden Ereignisses* mit unmittelbarer Gefahr für Mensch, Tier und Sachgüter nur der gewöhnliche Verwaltungsfall als sog. *fachbezogenes Ereignis* bekannt.

In Nachbereitung des Workshops kam es daher zur Ausdifferenzierung des Krisenbegriffes und einer stärkeren Gewichtung des Szenarios der schleichenden Krise (in Anlehnung an die ‚creeping crisis‘, vgl. Boin 2021). Diese ist passgenau auf die derzeitige komplexe Situation einer sich im Zuge endogener (z.B. durch Strukturwandel) sowie exogener Faktoren (z.B. Klimawandel) verändernden Trinkwassermangellage im Landkreis Leipzig. Durch diese Ausdifferenzierung soll die Verwaltung taktisch auf einen erweiterten Krisenbegriff geschult werden (s. Tabelle 2 und Abbildung 2).

Als Trinkwassermangellage im Sinne des Projekts kann also in erster Linie eine wiederkehrende oder schleichende Krise bezeichnet werden, die sich über einen längeren Zeitraum aufbaut und durch ein Konglomerat an Faktoren verstärkt wird, beispielsweise durch mehrjährige Trockenphasen, vielfältige Anforderungen an die Ressource Grund- und Oberflächenwasser sowie den Strukturwandel.

Tabelle 2

Übersicht zweier Krisenarten / Dimensionen einer Trinkwassermangellage

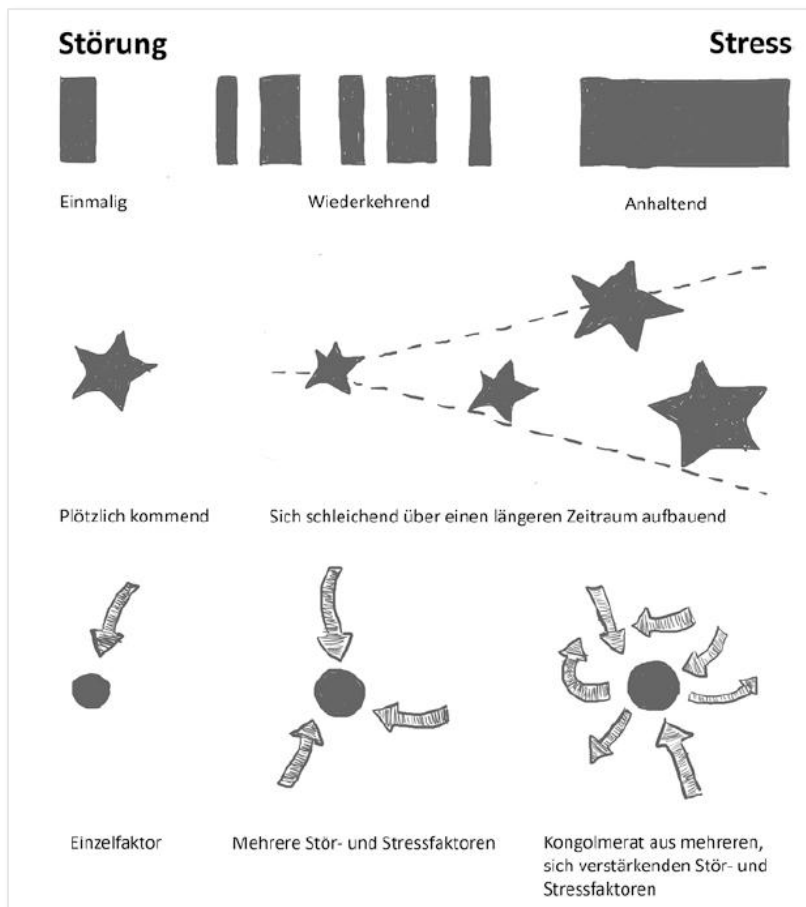
| Art der Störung bzw. Krise               | schwerwiegendes Ereignis / Katastrophe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | schleichende Krise / Stress                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
|------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Charakteristik                           | <ul style="list-style-type: none"><li>▪ einmal oder wiederkehrend</li><li>▪ plötzlich kommend (kann aber auch ab bestimmtem Kipp-Punkt durch schleichende Entwicklung hervorgerufen werden)</li><li>▪ Auslöser oft ein oder mehrere Stör- oder Stressfaktoren</li><li>▪ typischer Katastrophenschutzfall</li><li>▪ unmittelbare Gefahr für Mensch, Tier und Schutzgüter</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>▪ wiederkehrend, schleichend</li><li>▪ sich über längere Zeiträume aufbauend</li><li>▪ Auslöser oft ein Konglomerat aus mehreren, sich gegenseitig verstärkenden Stör- und Stressfaktoren</li><li>▪ Kein typischer Katastrophenschutzfall, aber auch kein gewöhnlicher Verwaltungsfall</li><li>▪ keine unmittelbare Gefahr für Mensch, Tier und Schutzgüter</li></ul> |
| Bsp. für Auslöser im Bereich Trinkwasser | <ul style="list-style-type: none"><li>▪ z.B. Cyberangriff auf / Sabotage an Trinkwasserinfrastruktur (im Angriffsfall)</li><li>▪ Pumpenausfall aufgrund eines Blackouts, woraufhin Versorgungsdruck in den Leitungen nicht aufrechterhalten werden kann</li></ul>                                                                                                                 | <ul style="list-style-type: none"><li>▪ mehrjährige Dürre, welche im Klimawandel häufiger und intensiver werden</li><li>▪ Anforderungen an Wassergebrauch durch den Strukturwandel</li><li>▪ Wasserengpässe bzw. niedrige Grundwasserstände im Sommer</li></ul>                                                                                                                                             |
| Art der Bewältigung                      | <ul style="list-style-type: none"><li>▪ im Kern: reaktiv</li><li>▪ Ziel: Erhöhung des Bewältigungsniveaus der Verwaltung für solche schwerwiegenden Ereignisse und Erhöhung der Prävention im Sinne einer Stärkung des akuten Krisenmanagements</li></ul>                                                                                                                         | <ul style="list-style-type: none"><li>▪ im Kern: präventiv</li><li>▪ Ziel: Vorbereitung der Landschaftsstrukturen und Landnutzenden auf Trockenphasen und Wasserknappheit und Bereithaltung reaktiver Notfallwerkzeuge (z.B. Allgemeinverfügung zur Einschränkung der Wassernutzung)</li></ul>                                                                                                              |



| Art der Störung<br>bzw. Krise      | schwerwiegendes Ereignis /<br>Katastrophe                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | schleichende Krise / Stress                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |
|------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Maßnahmenbsp.<br>der Bewältigung   | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Logistischer Plan für die Trinkwassernotfallversorgung, insbes. kritischer Infrastrukturen (z.B. gesundheitliche Einrichtungen)</li> <li>▪ Rationierungs- und Priorisierungsplan für länger andauernden Ausfall des Trinkwassernetzes</li> <li>▪ Stakeholderanalyse und Kommunikationskonzept für die akute Krise</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Prävention in der Planung: informelle Konzepte zur Schwammlandschaft, Schwammgemeinde, Schwammstadt und Verankerung in Klimaanpassungskonzepten, der Regional- und Bauleit- / Grünordnungsplanung</li> <li>▪ Reaktiv: Vorbereitung und Anpassung von Allgemeinverfügungen und Sparmaßnahmen in extremen Trockenperioden, Aufstellung einer Kaskade der Wassernutzungen</li> <li>▪ Kommunikation: Trinkwasserampel zur Kommunikation der Wasserhaushalts-Situation mit Infos zu Sparmaßnahmen einführen</li> </ul>                                                                                                                                                                                                                                                                  |
| mögliche<br>kummulative<br>Effekte | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ sich verstärkende Effekte durch Sozialdynamiken: Panik, Hamsterkäufe, Aggression etc. pp.</li> <li>▪ Verschärfung bei sensiblen Bevölkerungsgruppen: Kinder, Kranke, Alte</li> <li>▪ Teil eines größeren Störereignisses, z.B. Blackout</li> </ul>                                                                           | <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ Grundwasserressourcen werden bei wiederkehrender Trockenheit und unangepasster Nutzung langsam weniger</li> <li>▪ dies bewirkt eine Degradation der ökologischen Funktionsfähigkeit von z.B. Gewässern, grundwasserabhängigen Biotopen und deren Arten, Stadtgrün, Gärten, Wäldern</li> <li>▪ Verlagerung des erhöhten Wasserbedarfs auf andere Regionen: höherer Fremdwasserbezug nötig</li> <li>▪ Einschränkungen des Wasserbezugs von Privatleuten / Gewerbe und Industrie / touristischer Nutzung (z.B. Baden, Paddeln)</li> <li>▪ Attraktivität von Regionen kann langfristig leiden</li> <li>▪ Austrocknung von Böden vermindert die Retention und erhöht die Anfälligkeit für Hochwasser / Starkregen (Oberflächenabfluss, Schlammlawinen, Hochwasserentstehung)</li> </ul> |

Abbildung 2

Übersicht über die Charakteristika und Zusammenhänge zwischen einzelnen Störungen und Stress. Dabei wird auch landschaftlicher Stress als Auslösefaktor für Krisen gesehen (C. Schmidt/A. Zürn in Schmidt 2020: 9).



### Bewältigung akuter Trinkwassermangellage – Nutzung der Empfehlungen des BBK<sup>3</sup>

In den betroffenen Kommunen wird beispielsweise ein Bedarf an Notstromaggregaten, Trinkwasserbehältern und Wassertransportkapazitäten entstehen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (kurz: BBK) zeigt Möglichkeiten und Ressourcen sowie Ansprechpartner zur Herstellung einer Ersatzversorgung, was in entsprechenden Plänen zu berücksichtigen wäre:

Technisches Hilfswerk

Möglichkeiten zu Förderung, Lagerung, Transport, Verteilung, Aufbereitung, Bau und Instandsetzung

Bundeswehr

Möglichkeiten zu Förderung, Lagerung, Transport, Verteilung, Aufbereitung

Feuerwehr

Möglichkeiten der grundsätzlichen Unterstützung. Vereinzelt Möglichkeiten für Transport und kurzfristige Lagerung von Wasser.

Bundespolizei

Möglichkeiten zu Transport, Verteilung und Aufbereitung (Beispiele: Aufbereitungsanlagen, Wasserwerfer, Wassertransportbehälter)

<sup>3</sup> Sicherheit der Trinkwasserversorgung Teil 2: Notfallvorsorgeplanung Grundlagen und Handlungsempfehlungen für Aufgabenträger der Wasserversorgung in den Kommunen in Bezug auf außergewöhnliche Gefahrenlagen Band 15 • Praxis im Bevölkerungsschutz



#### Hilfsorganisationen

Einige Hilfsorganisationen verfügen über Möglichkeiten zu Förderung, Lagerung, Transport, Verteilung und Aufbereitung von Wasser. Beispielhaft ist hier die Landesverstärkung Hessen des Deutschen Roten Kreuzes mit dem Konzept Trinkwasser 5.000 zu nennen.

#### Private Unternehmen

Insbesondere Getränkeproduzenten haben ein großes Potential an Transportmöglichkeiten und der schnellen Desinfektion.

#### *Mögliche Ressourcen*

- Mobile Aufbereitungsanlagen
- Mobile Leitungen
- Trinkwassertransportfahrzeuge
- Trinkwasserspeicherbehälter
- Abfüllanlagen und abgepacktes Wasser
- Gruppenzapfstellen
- Notbrunnen

Für das Risikomanagement besitzen interkommunale Kooperationen der Kommunalverwaltungen (Kommunen, Landkreise) unter Einbindung von Stadt- und Gemeinderäten sowie wesentlichen regionalen Stakeholdern eine große Bedeutung. Hier kann eine stärkere Sensibilisierung und eine Verbesserung des Wissenstandes auch durch z.B. „Wassertage“ erreicht werden.

#### *Möglicher Mehrwert*

Die Betrachtung der Trinkwassermangellage als schleichende Krise und die daraus folgende präventive Beschäftigung mit der (landschaftlichen) Resilienz bietet den Vorteil, dass Maßnahmen zur Erhöhung der Resilienz systematisch sowie Stück für Stück in die Bauleitplanung, die Regionalplanung und das Verwaltungshandeln integriert werden können. Ist der Begriff „Resilienz“ zwar neu und wirkt dessen Etablierung als Belastungsprobe, stellt er schließlich nur einen neuen Rahmen dar, um zielgerichteter über bereits in den Verwaltungen diskutierte Themen, wie Nachhaltigkeit, Widerstandsfähigkeit, Redundanz, Absicherung, Backup-Lösungen, Wohnqualität und vieles Weiteres nachzudenken.

Zudem können Strategien zur Erhöhung der Resilienz als „no-regret-Maßnahmen“ angesehen werden (Maßnahmen, die niemand bereut). Sie haben zumeist vielfache positive Effekte, z.B. die Vorbereitung der Verwaltung auf jegliche Art von Krise, die Stärkung der Zusammenarbeit. Maßnahmen für Schwammlandschaften, Schwammgemeinden und Schwammstädte helfen zumeist sowohl gegen Trockenheit als auch präventiv gegen Hochwasserentstehung, gegen Starkregenschäden, für ein gesundes Stadtgrün, gegen eine Überlastung von Klärwerken, für eine potentiell höhere Artenvielfalt und attraktive touristische Destinationen. Je nach finanzieller und/oder personeller Kraft können Maßnahmen bereits im Kleinen angefangen oder in sowieso anstehende Projekte integriert werden.

In der Kommunikation kann „Resilienz“ so als sinnstiftendes und positives Narrativ dienen, um eine zukunftstaugliche Gestaltung des Landkreises zu erwirken.



## Literaturverzeichnis

Bergfeld, Annedore; Dunkl, Anna (2024): Kurzfassung: Risikoanalyse (Klima)resiliente Wohnstandortentwicklung – AR Partheland und AR Schleenhain. Online verfügbar unter [https://geri-ik-leipzig.de/media/pdf/Kurzfassung\\_2024\\_11\\_04.pdf](https://geri-ik-leipzig.de/media/pdf/Kurzfassung_2024_11_04.pdf).

Bergfeld, Annedore; Dunkl, Anna; Henning, Matthias; Herrmann, Philipp; Sell, Thorben; Zimmermann, Thomas (2023): Bausteine eines Wohnbauflächen-Entwicklungskonzepts für die Region Leipzig-West Sachsen. StadtLandNavi|Interko2-Schriftenreihe Band 3. Online verfügbar unter [https://zukunftsstadt-stadtlandplus.de/files/zukunftsstadt-stadtlandplus/Publikationen/20240612\\_Schriftenreihe\\_Band3\\_Webversion.pdf](https://zukunftsstadt-stadtlandplus.de/files/zukunftsstadt-stadtlandplus/Publikationen/20240612_Schriftenreihe_Band3_Webversion.pdf).

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (2021): Memorandum Urbane Resilienz. Wege zur robusten, adaptiven und zukunftsfähigen Stadt, zuletzt geprüft am 09.09.2024.

<https://www.ssg-sachsen.de/de/projekte/ikz/veroeffentlichungen/ikz-modellkatalog/ikz-modellkatalog-1-0-nov2024-faktenblatt-1-4-gemeinsame-dienststelle.pdf?cid=mvj>

Masterplan "Grüne Pleiße": <https://www.gruenepleiße.de/masterplan/download-masterplan/>

Projekt Wertvoll. Lebensqualität und Daseinsvorsorge durch interkommunale Kooperation Ein Leitfaden für Kommunen in ländlich geprägten Regionen, S. 48 (<file:///C:/Anne/Arbeit/2019-2025/Resilienz/Begleitforschung/Abchlussbericht/Grundlagen/IK-AUusbau.pdf> Aufruf 07.07.2025)

GE/CON GmbH (2022): Zukunftsfähige Kommunal- und Verwaltungsstrukturen durch ein gemeinsames Miteinander Insight: Prüfung der Möglichkeiten Interkommunal zusammenzuarbeiten – ein Leitfaden

REGIONALPLAN Leipzig-West Sachsen -beschlossen durch Satzung des Regionalen Planungsverbandes vom 11.12.2020 ; genehmigt durch das Sächsische Staatsministerium für Regionalentwicklung am 02.08.2021; in Kraft getreten mit der Bekanntmachung nach § 10 Abs. 1 ROG am 16.12.2021

Schmidt, Catrin (2020): Landschaftliche Resilienz. Grundlagen, Fallbeispiele, Praxisempfehlungen, Springer Spektrum Berlin, Heidelberg 2020

Sicherheit der Trinkwasserversorgung:

[https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/PiB/PiB-15-sicherheit-trinkwasserversorgung-teil2.pdf?\\_\\_blob=publicationFile](https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Mediathek/Publikationen/PiB/PiB-15-sicherheit-trinkwasserversorgung-teil2.pdf?__blob=publicationFile)

Stadt-Umland-Konzept SUK 2017 Konzept zur Verstetigung und Intensivierung der Stadt-Umland-Kooperation Fördergebietskonzept für die Beantragung von Städtebaufördermitteln aus dem Programm „Kleinere Städte und Gemeinden – überörtliche Abstimmung und Netzwerke“